



Protokoll Herbsttagung 2023

Datum Freitag, 3. November 2023
Zeit 14.00 Uhr
Ort Aula Elf-Elf, Göschenen

Teilnehmende

Gemeinden	gemäss Appell sind alle 19 Urner Gemeinden vertreten
Vorsitz	Bruno Gamma, Präsident Urner Gemeindeverband
Gäste	Christoph Niederberger, Direktor Schweizer Gemeindeverband
Entschuldigt	Martin Jörg, GS Andermatt Jessica Walker, GS Gurnellen Verena Tresch, Gemeindepräsidentin Gurnellen Roger Metry, GS Silenen Ursula Habegger, GS Sisikon Iwan Stampfli, GS Wassen
Medien	Es wurden keine Medienvertreter/innen eingeladen
Protokoll	Sara Fedier, Geschäftsstellenleiterin

1. Begrüssung

Präsident Bruno Gamma begrüsst die Anwesenden zur Herbsttagung des Urner Gemeindeverbands. Es sind Vertretungen aus allen 19 Gemeinden anwesend. Im Speziellen begrüsst er die Vertreter der gastgebenden Gemeinde Göschenen, den Gemeindepräsidenten Peter Tresch und die Gemeindeschreiberin Carolin Mazzolini und dankt für das Gastrecht. Des Weiteren begrüsst er Christoph Niederberger, den Direktor des Schweizerischen Gemeindeverbands sowie die beiden Gastreferentinnen der Fachstelle Integration und Vernetzung Uri, Begije Berisha und Aline Arnold. Ein weiteres Grusswort geht an die NRP-Verantwortliche Christine Widmer Baumann und ihren Nachfolger Rolf Infanger sowie die Vorstandskolleginnen und Kollegen und die Geschäftsstellenleiterin. Es sind alle Gemeinden mit mindestens einer Vertretung anwesend. Speziell begrüsst wird an dieser Stelle Willy Lussmann, der zukünftige Gemeindepräsident von Silenen.

Die Einladung mit allen Unterlagen wurde fristgerecht versandt. Es bestehen keine Änderungswünsche betreffend Traktandenliste.



1.1 Traktanden

1. Begrüssung
Bruno Gamma, Präsident Urner Gemeindeverband
2. Göschenen aus einer anderen Perspektive
Peter Tresch, Gemeindepräsident
3. Orientierung über die Tätigkeiten des Verbandes
Bruno Gamma, Präsident Urner Gemeindeverband
4. Abschluss Projekt Zentrumsleistungen
Claudia Gisler-Walker, Vorstandsmitglied, Vorsitz Arbeitsgruppe
5. Neue Regionalpolitik, Rück- und Ausblick
Christine Widmer, Regionalmanagerin
Timotheus Abegg, Vorstandsmitglied Ressort NRP, Tourismus
6. Jahresplanung 2024 / Termine
Bruno Gamma, Präsident Urner Gemeindeverband
7. Budget 2024
Pascal Ziegler, Vorstandsmitglied Ressort Finanzen
8. Beratung – Vermittlung – Vernetzung
Begije Berisha, Fachstelle Integration und Vernetzung Uri
9. Kantonsbudget 2024
Diskussion
10. Verschiedenes

2. Göschenen aus einer anderen Perspektive

Gemeindepräsident Peter Tresch spricht mit Begeisterung über Göschenen und zeigt zwei spannende Filme, die einen interessanten Blick auf das «Gotthardtunneldorf» geben.

3. Orientierung über die Tätigkeiten des Verbands

Präsident Bruno Gamma informiert über die wichtigsten Tätigkeiten des Verbands in den letzten Monaten (seit der Frühjahrstagung vom 21. April 2023).

3.1 Vorstandssitzungen

Es haben 5 Vorstandssitzungen stattgefunden. Am 1. September 2023 fand ein Treffen mit der regierungsrätlichen Gemeindeaufsicht, mit Regierungsrat Daniel Furrer und Direktionssekretärin Patricia Gherardi statt. Bei diesem Treffen ging es insbesondere um die Informationen und den Zeitplan zum Agglomerationsprogramm Unteres Reusstal 5. Generation. Auch über die laufende Vernehmlassung zum eGov-Gesetz wurde diskutiert. Der Gemeindeverband regte in diesem Gespräch an, die «grossen» Termine besser zu koordinieren, insbesondere dann, wenn Vertreter und Vertreterinnen aus den Gemeinden erwünscht sind.

3.2 Präsidienkonferenz

Die Präsidienkonferenz vom 22. September 2023 widmete sich dem Projekt «Weiterentwicklung Langzeitpflege». In diesem wichtigen Projekt geht es nicht nur um Langzeit-Pflege, sondern um „Langzeit-Folgen“. Für die Zukunft der Gemeinden ist dieses Projekt extrem wichtig. Dieses Projekt muss miteinander gestemmt werden, um es erfolgreich durchzubringen. Die Kooperation Kanton und Gemeinden ist eine neue Ausgangslage. Es ist das erste Projekt in dieser Form: Das Projekt wird gemeinsam entwickelt und die Kosten gemeinsam getragen.

Das Ziel der Tagung war es, einen Vorsprung für die Vernehmlassung zu verschaffen, die am 20. November 2023 starten wird.



3.3 Projekte

Das **Projekt «Weiterentwicklung Langzeitpflege»** wird am 20. November 2023 in die Vernehmlassung gehen. Der Gemeindeverband wird eine Arbeitsgruppe bilden, die sich am 14. Dezember 2023 trifft, um eine Mustervernehmlassungsantwort zu erarbeiten. Es sind alle Gemeinden zur Mitarbeit willkommen. Die Vernehmlassungsfrist wird bis Februar 2024 dauern, somit bleibt genügend Zeit für die Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Projekt.

Wenn Gemeinden mehr Informationen für ihre Gemeinderäte wünschen, stehen die beiden Vertretungen Luzia Gisler und Hermi Epp für eine Präsentation zur Verfügung. Das Interesse kann bei der Geschäftsstelle angemeldet werden.

Das zweite wichtige Projekt dieses Jahres ist **UR-Informatik**. Die Vernehmlassung lief vom 28. Juni bis 30. September 2023 und wurde sehr kontrovers diskutiert.

Der Gemeindeverband wird das Thema im Gespräch mit dem Regierungsrat Mitte November aufnehmen.

Es zeigt sich, dass die Gemeinden mehr Kraft haben, je mehr einheitliche Botschaften gesendet werden. Dieses Jahr war das z.B. bei der Vernehmlassung zum Kantonalen Umweltgesetz schön sichtbar.

Es nahmen insgesamt 34 Vernehmlasserinnen und Vernehmlasser teil. 14 Gemeinden haben eine Vernehmlassung eingereicht, wovon sich 11 auf die Mustervernehmlassung des Urner Gemeindeverbands stützten. Diese «Mehrheit der Gemeinden» wurde oft erwähnt und führte offensichtlich zu einigen Änderungen.

Der Gemeindeverband hat angefangen, die «Erfolgsquote» zu beobachten. Das heisst, es wird verfolgt, wie sich die Vernehmlassungsantworten der Gemeinden in den Berichten niederschlagen. Die Gemeinden können den Verband dabei unterstützen, wenn die Vernehmlassungsantworten jeweils an die Geschäftsstelle zugestellt werden. Es wird nicht immer möglich sein, alle Antworten systematisch analysieren zu können. Aber bei Bedarf kann es ein wichtiges Mittel sein.

Ein weiteres wichtiges Projekt war die Erneuerung der **Leistungsvereinbarung mit der Alzheimervereinigung UR/SZ**. Alle Gemeinden haben dieser Vereinbarung zugestimmt

Es bleibt unbestritten, dass für diese Vereinbarung im Zuge des Projekts «Langzeitpflege» eine neue Lösung gefunden werden muss.

3.4 Vernehmlassungen

Seit April 2023 konnten die Gemeinden zu 7 Vernehmlassungen Stellung nehmen. Es sind dies

- 13.04.2023 Erlass von Weisungen zur schulergänzenden Betreuung
- 14.04.2023 Erlass von Weisungen zur Schulsozialarbeit
- 02.06.2023 Vernehmlassung zum Entwurf des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe
- 29.06.2023 Gesetz über die Zusammenarbeit des Kantons und der Gemeinden im Bereich Informatik und EGovernment
- 13.09.2023 Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern im Kanton Uri (StG 2024)
- 20.09.2023 Verordnung zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege
- 09.10.2023 Revision Volksschulverordnung

Zu vier dieser Vernehmlassungen hat der Gemeindeverband Musterstellungnahmen für die Gemeinden und zu zwei Vorlagen je eine Stellungnahme erarbeitet. Die Musterstellungnahme zur Revision der Volksschulverordnung wird erarbeitet.



Bruno Gamma dankt allen, die sich für die gemeinsame Erarbeitung dieser Musterstellungen zur Verfügung gestellt haben. Die Vernehmlassungen sind ein sehr wichtiges Instrument. Nur wenn sich die Gemeinden beteiligen, ergibt sich ein Gesamtbild, das für diese Arbeit nötig ist.

3.5 Arbeitsgruppen

Im 3. Quartal dieses Jahres wurde zur Bildung von Arbeitsgruppen aufgerufen.

Folgende Themen werden in den nächsten Monaten erarbeitet:

- Vollzug Energiegesetz
- Grundlagen für den Entscheid zur Schaffung einer Ombudsstelle für Lehrpersonen

Die Idee, dass die Grundlagen für den Aufbau der schulergänzenden Tagesbetreuung gemeindeübergreifend erarbeitet werden, wurde nur von einer kleinen Anzahl Gemeinden als wünschenswert erachtet. Der Gemeindeverband wird diesbezüglich nochmals eine Anfrage starten und dann entscheiden, wie man weitergeht. Grundsätzlich geben die Statuten klar vor, dass der Verband nur aktiv wird, wenn eine Mehrheit der Gemeinden dies wünscht.

Vertreter/innen in Arbeitsgruppen des Kantons:

- Begleitgruppe Konzept Siedlungsökologie:
Walter Marty, Erstfeld
- Vertretung Umsetzung Pflegeinitiative:
Verena Tresch, Gurtnellen
- Vertretung Projektgruppe Kinderbetreuungsgesetz:
Esther Imholz, Altdorf
- Arbeitsgruppe Verteilschlüssel Asyl:
Esther Imholz, Altdorf
Walter Marty, Erstfeld
Heinz Gerig, Flüelen
Daniela Planzer-Nauer, Schattdorf
Rosmarie Zraggen, Gurtnellen
- Koordinationsgruppe Ukraine:
Esther Imholz, Altdorf
Markus Zraggen, Erstfeld
Roland Berger, Schulrat Flüelen

Bruno Gamma bedankt sich bei allen Vertreterinnen und Vertretern, die in den Projekten und in der Erarbeitung von neuen Gesetzesgrundlagen mitgearbeitet haben. Bei der Erarbeitung des neuen Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe, das im letzten Halbjahr zur Vernehmlassung kam, haben viele Vertreter und Vertreterinnen aus den Gemeinden einen grossen Beitrag für die Grundlagenarbeit geleistet.

3.6 Aus- und Weiterbildung / Wissenstransfer

Am 7. September 2023 hat die erste Wissenstransfer-Veranstaltung zum Thema «Zentrumsleistungen» stattgefunden.



4. Abschluss Projekt Zentrumsleistungen

Vorstandsmitglied Claudia Gisler fasst den Verlauf des „Projekts Zentrumsleistungen“ zusammen, das im Jahr 2021 durch den Gemeindeverband lanciert wurde.

Die Abgeltung der Zentrumsleistungen an die Gemeinde Altdorf sorgte in der Vergangenheit immer wieder für Diskussionen. Aus diesem Grund hatte der Gemeindeverband beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um sich der Problematik anzunehmen. Im September 2021 hatte sich eine grosse Gruppe aus Gemeindevertretern erstmalig getroffen. In mehreren Sitzungen wurden innerhalb von drei viertel Jahren verschiedene Varianten geprüft und ein zweistufiger Lösungsvorschlag erarbeitet mit dem Ziel einer Kantonalisierung von Theater Uri, Schwimmbad und Kantonsbibliothek.

Dieser Lösungsansatz wurde dem Regierungsrat in einem Gespräch im Herbst 2022 unterbreitet. Leider fand der Vorschlag auf Seite der Regierung keine Zustimmung.

Die Gruppe hat sich deshalb im Frühjahr 2023 wieder zusammen gefunden und es wurde ein neue Strategie entwickelt. In der Arbeitsgruppe hat sich gezeigt, dass es auch um das Verständnis dieses komplizierten Regelwerks geht. Man hat deshalb entschieden, mit den «gemeinde-eigenen» Experten Erich Arnold, Bürglen und Markus Christen, Altdorf, eine Schulung zu den Zentrumsleistungen zu erarbeiten.

Die Schulung fand als Wissenstransfer am 7. September 2023 statt. Mit dieser Schulung sehen wir das Projekt «Zentrumsleistungen» als abgeschlossen.

Claudia Gisler spricht allen Beteiligten einen grossen Dank aus.

Teilnehmende (2021/2022)

Markus Christen	Leiter Finanzabteilung, Gemeinde Altdorf
Claudia Gisler-Walker	Gemeindevizpräsidentin, Gemeinde Bürglen
Erich Arnold	Gemeindekassier, Gemeinde Bürglen
Christian Schuler	Gemeindekassier, Gemeinde Erstfeld
Walter Marty	Gemeindeverwalter, Gemeinde Erstfeld
Andreas Feubli	Gemeindevizpräsident, Gemeinde Flüelen
Verena Tresch	Gemeindepräsidentin, Gemeinde Gurtellen
Armand Simmen	Gemeindepräsident, Gemeinde Realp
Philipp Muheim	Verwalter, Gemeinde Schattdorf
Urs Bissig	Gemeindeverwalter, Gemeinde Seedorf
Paul Indergand	Dorfverwalter, Gemeinde Silenen
Anton Arnold	Gemeindepräsident, Gemeinde Spiringen
Iwan Imholz	Gemeindepräsident Unterschächen
Hermann Epp	Vizepräsident Gemeindeverband / Gemeindepräsident Silenen (Vorsitz)
Elias Bricker	Leiter Geschäftsstelle Urner Gemeindeverband



5. Neue Regionalpolitik, Rück- und Ausblick

Die Regionalmanagerin Christine Widmer Baumann gibt einen kurzen Einblick in eine Auswahl von aktuellen Projekten mit Relevanz für die Gemeinden, welche mit NRP-Geldern unterstützt werden.

- Sagenweg und Transformation Isenthal
- Tellsweg Altdorf
- Picknickplatz Holzrieti Gurtnellen
- Entwicklungsplanung Oberalp
- Runder Tisch – Dorfläden

Das UKB-Strukturimpuls-Programm kann per Ende 2023 planmässig abgeschlossen werden. Voraussichtlich werden alle Gelder (500'000.- Franken) bis dahin gesprochen sein. Die UKB wird zum Abschluss ein Video realisieren, das den Gemeinden zur Verfügung stehen wird.

Per Ende 2023 wird Christine Widmer Baumann in den Ruhestand treten. Sie wird für ihr Engagement von Timotheus Abegg herzlich verdankt und erhält einen Gutschein für das Restaurant Kaiserstock in Riemensalden. Seit 1999 engagierte sich Christine Widmer im Gemeinderat von Altdorf. Im Jahr 2011 wurde sie Gemeindepräsidentin des Urner Hauptorts. Im Jahr 2007 wurde sie zur Vorsitzenden des Ausschusses der Amtsvormundschaft gewählt und war in dieser Funktion bereits im Urner Gemeindeverband aktiv. Mit diesem grossen politischen Rucksack wurde sie zur Regionalmanagerin für den Kanton Uri gewählt. Seit 2017 hat Christine Widmer diese Funktion für den Urner Gemeindeverband ausgeführt, anfänglich mit einem kleinen Pensum von 15%, das dann stetig gewachsen ist. In dieser Zeit konnte sie vielen Projekten zum Durchbruch verhelfen und durch aktives Vernetzen die richtigen Fäden spannen. Der Gemeindeverband dankt ihr von Herzen für ihren Einsatz.

Als Nachfolger von Christine Widmer hat der Vorstand des Urner Gemeindeverbands im August 2023 Rolf Infanger gewählt. Rolf Infanger ist verheiratet, Vater von 2 erwachsenen Töchtern und Unternehmer in der Metallbranche. Er ist gebürtiger Schattdorfer, hat dann seinen Wohnsitz nach Silenen verlegt und sich dort lange politisch engagiert. Er war über 10 Jahre im Gemeinderat und mehr als die Hälfte davon als Gemeindepräsident tätig. In den letzten 15 Jahren engagierte er sich aktiv als Mitglied und später als Präsident bei der Korporation Uri und bei der Abwasser Uri AG. Er bringt viel Erfahrung und Eigeninitiative mit. Er weiss, wie die Wege in Uri funktionieren und kann gemeinde- und betriebsübergreifend vernetzen. Der Gemeindeverband freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit ihm.



6. Jahresplanung / Termine

Sitzungen Vorstand Gemeindeverband

(Sitzungsbeginn: 18.00 Uhr)

- | | |
|----------------------------------|-----------------------------------|
| – Donnerstag, 25. Januar 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 22. Februar 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 21. März 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 25. April 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 23. Mai 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 27. Juni 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 29. August 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 19. September 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 31. Oktober 2024 | Gemeinderatszimmer, Altdorf |
| – Donnerstag, 28. November 2024 | Ort nach Ansage, Beginn 17.00 Uhr |

Tagungen Gemeindeverband

(Tagungsbeginn: jeweils 14.00 Uhr)

- Frühjahrstagung: Freitag, 19. April 2024, in Silenen
- Herbsttagung: Freitag, 15. November 2024, in Erstfeld

Gemeindepräsidien-Konferenz

- Freitag, 20. September 2024 (Ort und Uhrzeit nach Ansage)

WIR-Gefühl / Informelle Präsidientreffen (Abend- oder Mittagessen)

- 14. März 2024, Erstfeld, 18.00Uhr
- 6. Juni 2024, Andermatt, 18.00Uhr
- 22. August 2024, Flüelen, 18.00Uhr
- 5. Dezember 2024, Bürglen, 11.45Uhr

Treffen des Vorstands mit dem Regierungsrat

- Dienstag, 12. November 2024, 17.00 Uhr, in Altdorf (Rathaus)

Besuch im Bundeshaus mit Ständerat Josef Dittli

- Freitag, 19. Januar 2024

Die Einladung für den Besuch im Bundeshaus wird Anfang Dezember verschickt. Pro Gemeinde ist eine Zweierdelegation eingeladen. Der Transport im Car wird vom Gemeindeverband übernommen. Mittagessen (Menü) und Getränke werden selber bezahlt. Für den Eintritt ins Bundeshaus ist eine gültige ID erforderlich!

WISSENSTRANSFER

- 1. Quartal 2024: NRP/Tourismus/Positionierung (Projekt Touristische Signalisation)
- 2. Quartal 2024: FiLaG

Der Vorstand führt einen Themenspeicher. Wünsche können eingebracht werden.



WOLKENPERSPEKTIVE

Gemäss Strategie zum Thema Wolkenperspektive (gemeindeübergreifende Vorhaben) sind folgende Arbeitsgruppen und Projekte in Erarbeitung:

- Vollzug Energiegesetz (Arbeitsgruppenstart Nov. 2023)
- Grundlagen für den Entscheid zur Schaffung einer Ombudsstelle für Lehrpersonen (Arbeitsgruppenstart Nov. 2023)
- Zertifizierung für Gemeinderatsmitglieder (Pilot Seelisberg)
- Abfallreduktion bei Veranstaltungen durch Mehrwegbecher (Pilotversuch mit 3 Gemeinden im 2024)
- Schulergänzende Tagesbetreuung (falls gewünscht)

Aus- und Weiterbildung

Adrian Dittli organisiert in seiner Funktion als Ausbildungsbeauftragter eine Weiterbildung zum Thema Archivierung. Diese soll im Frühling 2024 stattfinden.

Der Gemeindeverband betreibt eine aktive Zusammenarbeit mit dem vszgb. Alle Schulungstermine sind unter folgendem Link verfügbar:

<https://www.vszgb.ch/Termine>

Schulung für neue Gemeinderatsmitglieder (erst im 2025)

- Freitag, 14. März 2025

7. Budget 2024

Pascal Ziegler stellt das Budget 2024 vor. Es wurde den Gemeinden gemeinsam mit der Einladung zur Herbsttagung verschickt. Die meisten Budgetkonten bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Das Budget des Urner Gemeindeverbands rechnet im kommenden Jahr mit einem Totalaufwand von insgesamt 206'262 Franken und mit einem Totalertrag von 198'610 Franken. Daraus resultiert ein Minus von 7'652 Franken. Dieses Minus wird bewusst budgetiert, um das Vermögen zu reduzieren. Die grössten Abweichungen im Budget 2024 gegenüber dem Vorjahr resultieren auf der Aufwand- sowie auf der Ertragsseite bei den Budgetposten für die Projekte. Da im Jahr 2024 keine Weiterbildungskurse mit BDO durchgeführt werden, werden weniger Mittel benötigt. Auf der anderen Seite fehlen auch die entsprechenden Einnahmen der Kursgebühren.

Das Regionalmanagement ist ab 2024 neu organisiert. Rolf Infanger wird im Mandat und auf Stundenbasis für den Gemeindeverband arbeiten. Deshalb entfallen die Sozialversicherungskosten. Der Verband bezahlt die geleisteten Arbeitsstunden und erhält diese vom Kanton vergütet. Neu wird ein Konto «Regionalmanagement externe Kosten» geführt. Dieses wird ebenfalls vom Kanton gespiesen. Das sind Kosten, die im Zusammenhang mit Weiterbildungen entstehen, die der Regionalmanager organisiert oder auch Tagungen, welche er zum Zweck der Vernetzung besucht etc.

Der Urner Gemeindeverband rechnet mit einem Verlust von 7'652.- Franken. Per 1.1.2023 betrug das Eigenkapital rund 78'000.- CHF. Der Verband kann somit solide Zahlen ausweisen und den budgetierten Verlust tragen.

Die Gemeinden bezahlen 2024 pro Einwohner 2.50 Franken, daraus resultiert ein Beitrag von 93'610 Franken. Die proportionale Verteilung der Gemeindebeiträge basiert auf den durchschnittlichen Bevölkerungszahlen 2021/2022 gemäss FiLa-Berechnung 2023.

Die anwesenden Gemeinden stimmen dem Budget einstimmig zu.



8. Beratung – Vermittlung – Vernetzung

Begije Berisha und Aline Arnold stellen die Fachstelle Integration und Vernetzung Uri vor.

Migrantinnen und Migranten nehmen am gesellschaftlichen Leben in der Nachbarschaft, d.h. in der Gemeinde und im Quartier sowie in zivilgesellschaftlichen Organisationen teil». Sie werden beraten und in ihrem Integrationsprozess unterstützt. So lautet eines der Ziele, die der Bund den Kantonen im Rahmen der Kantonalen Integrationsprogramme vorgibt. Die Verständigung und die Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ist notwendig für eine gelingende Integration.

Die Abteilung Integration hat seit 2014 im Rahmen der kantonalen Integrationsprogramme Leistungsaufträge über die Erstinformation, über die Führung einer Beratungsstelle und über die Führung eines Netzwerks an Schlüsselpersonen sowie über die Führung einer Koordinationsstelle Soziale Integration an den Sozialdienst Uri Nord vergeben.

Mit dem Kantonalen Integrationsprogramm 2024- 2027 (KIP 3) wurden all diese Aufträge in einer Fachstelle zusammengefasst und weiterentwickelt. Die Fachstelle ist für folgende Aufgaben zur Förderung der Integration der ausländischen Bevölkerung im Kanton Uri zuständig:

- **BERATUNG:** Beratungen für Migrantinnen und Migranten und Durchführen von Gesprächen zur Erstinformation von neuzugezogenen Migranten und Migrantinnen.
- **VERMITTLUNG:** Führung und Pflege eines Netzwerkes an Schlüsselpersonen.
- **VERNETZUNG:** Unterstützen von Projekten und Prozessen, um die Begegnungen und sozialen Kontakte, die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am öffentlichen Leben, das gemeinsame Handeln und die Freiwilligenarbeit im Migrationsbereich zu fördern.

9. Kantonsbudget

Am Mittwoch, 4. Oktober 2024, wurde den Gemeinden das Kantonsbudget 2024 präsentiert. Es wurde über Massnahmen des Kantons informiert, die auch die Gemeinden betreffen. Die Gemeinden werden in einem gestaffelten Umsetzungsverfahren zu einem Solidarbeitrag in der Höhe von 2.75 Mio Franken gebeten. Der Vorstand des Gemeindeverbands hat sofort reagiert und das Thema für die heutige Tagung traktandiert.

8. Massnahmen (3) Solidarbeitrag der Gemeinden

Der Globalbilanzausgleich zugunsten der Gemeinden verändert sich von 2024 bis 2027 wie folgt:

In Mio. Franken

Jahr	2024	2025	2026	2027
Globalbilanzausgleich (vor Reduktion)	4,700	4,700	4,700	4,700
Reduktion				
Globalbilanzausgleich (bei voller Wirkung)	-2,750	-2,750	-2,750	-2,750
Gestaffelte Umsetzung	0 %	50 %	75 %	100 %
Effektive Reduktion				
Globalbilanzausgleich	0	-1,375	-2,063	-2,750
Globalbilanzausgleich (nach Reduktion)	4,700	3,325	2,637	1,950



Bruno Gamma sagt einleitend, dass die Situation für alle unschön ist. Trotzdem weist er darauf hin, dass der geforderte Solidarbeitrag auf einer Vereinbarung zwischen Kanton und Gemeinden basiert und dem Gesetz entspricht. In seiner Präsentation zeigt Bruno Gamma auf, wie die jetzt greifende Kompromisslösung zustande kam. Er zeigt die hohe Komplexität im Finanzsystem und erklärt die Abhängigkeiten bezüglich der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und der Energiebezugsrechte. Ohne Geld der SNB und Bezugsrechte weist der Kanton seit 2020 ein negatives Erfolgsrechnungsergebnis aus. Bis jetzt «retteten» ihn die Gewinnausschüttungen der SNB. Diese sind im 2023 und 2024 mit 0 Franken zu erwarten, bis sie langsam wieder ansteigen. Im Jahr 2022 waren die Bezugsrechte mit 13.8 Mio unerwartet hoch. Das wird so nicht mehr eintreffen. Der Kanton spricht von einem strukturellen Defizit.

Im Jahr 2018 wurde das Gesetz zum Haushaltsgleichgewicht, die sogenannte «Schuldenbremse» eingeführt, um für einen auf die Dauer ausgeglichenen Finanzhaushalt zu sorgen. Zusammengefasst sagt sie aus: Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht, dass das budgetierte Minus mehr als 12% des Nettoertrags beträgt. Im vorliegenden Budget für 2024 wäre diese Grenze bei 12 Mio., das heisst, alles was darüber ist, muss gespart werden. Im vorliegenden Budget sind dies 4.3 Mio.

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Filag nach dem zweiten Wirkungsbericht 2016 stellte der Regierungsrat fest, dass der Kanton Uri unter dem Strich Geld verliert, wenn er stärker wird, weil dann die Zahlungen des Bundes abnehmen. Er stellte deshalb ein Paket von Massnahmen im Bereich der Aufgabenteilung, des Ressourcenausgleichs und des Lastenausgleichs vor. Das wurde von den Gemeinden vehement abgelehnt. Am 16. Dezember 2017 überwies der Landrat eine parlamentarische Empfehlung zur Anpassung und Überarbeitung des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs. Darin verlangte der Landrat, dass die Gemeinden besser und angemessener in den Entscheidungsprozess miteinzubeziehen sind. Insbesondere sollten auch die Anregungen und Vorschläge der Gemeinden mit der gebotenen Sorgfalt überprüft werden.

Am 7. März 2017 beschloss der Regierungsrat gestützt auf die parlamentarische Empfehlung das Projekt «Anpassung und Überarbeitung des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs in Zusammenarbeit mit den Urner Gemeinden» unter der Leitung eines externen Projektleiters. Das Mandat der externen Projektleitung wurde Dr. Roland Fischer, Dozent an der Hochschule Luzern Wirtschaft, übertragen. In diesem Projekt wurde sehr intensiv gearbeitet. Man hat nach Lösungen gerungen und die bestmögliche Lösung erarbeitet. Man hat analysiert, wo die fiskalische Äquivalenz nicht eingehalten wird. Dies betrifft hauptsächlich Zivilschutz, Schülerpauschalen und Langzeitpflege (Total 4.7 Mio).

Ein zentrales Element aus dieser Projektarbeit war die Einigung auf den Solidarbeitrag der Gemeinden. Er wird erst ausgelöst, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind, nämlich

1. der Fall einer finanziellen Notlage des Kantons
2. wenn die Nettoschuld 2 des Kantons grösser ist als die Nettoschuld 2 der Gemeinden.

In diesem Fall tragen die Gemeinden die Hälfte der Schuld bis zu einer Maximalhöhe dieser ausgewiesenen 4.7 Mio, welche sie ohne diese Kompromisslösung jedes Jahr übernehmen müssten.

Dieser Fall ist nun eingetreten.

Nach seiner Präsentation eröffnet Bruno Gamma die Diskussion im Plenum mit dem Ziel, Grundlagen für das mit dem Regierungsrat geplante Gespräch am 14. November 2023 zu erhalten.

Aufgrund der hohen Brisanz des Themas werden die Voten aus der Diskussion nicht namentlich aufgeführt.

Wir haben grosse Herausforderungen in den Gemeinden.

Überall steigen die Kosten. Insbesondere in der Bildung und im Gesundheits- und Sozialwesen!

Um den Herausforderungen in der Langzeitpflege zu begegnen haben wir uns für eine Verbundlösung mit dem Kanton entschieden. Eine gute und vertrauenswürdige Zusammenarbeit mit dem Kanton ist wichtig.



URNER GEMEINDEVERBAND

Es ist eine grosse Challenge, das Haushaltsgleichgewicht zu halten. Insbesondere für kleine Gemeinden können unvorhergesehene Investitionen oder eben solche Sparmassnahmen des Kantons grosse Auswirkungen haben.

Ist jetzt der richtige Moment? Der Regierungsrat sagt selbst, dass es in 2 – 3 Jahren wieder besser sei. Es sind keine Sparmassnahmen sondern eine Erhöhung der Einnahmen. Wir wollen keine Steuererhöhung. Deshalb darf der Landrat die Massnahmen nicht ablehnen. Einziger Weg: Budget zurückweisen. Der Landrat braucht ein klares Zeichen der Gemeinden.

Wir wollen nicht aussagen, dass wir das einfach so durchwinken wollen. Im Budget hat es Sparpotenzial.

Wir müssen ein Signal an die Landräte senden. Es ist ein Kompromiss vom Kompromiss – keiner dachte ja, dass es so schnell kommen würde. Das System muss hinterfragt werden.

Es sind keine Sparmassnahmen sondern zusätzliche Einnahmen. 250 Mio. Bilanzüberschuss: kann mit diesem System nicht abgebaut werden. Es sollte möglich sein, finanzpolitische Reserven zu bilden. Finanzschwache Gemeinden fragen sich: was kommt noch alles auf uns zu?

Wir müssen fordern, dass sie sparen, nicht darum bitten oder anfragen. Der Teuerungsausgleich ist nur eine aufschiebende Massnahme. Man soll in der Bildung sparen. Beispiel Schülerpauschalen. Der Kanton fordert ständig. Man hat nicht das Gefühl, dass das Geld fehlt.

Bezugsrechte sollen richtig budgetiert werden.

Wir wollen keine Steuererhöhung.

Der Kanton spart nicht. Er holt z.B. über die Erhöhung der Gebühren Geld ein. Mit 250 Mio. Bilanzüberschuss ist es schwierig, eine Steuererhöhung beim Volk durchzubringen. Man darf dieses Budget nicht durchwinken.

Bevor der vorliegende Fall eintritt, dass die Gemeinden den Solidarbeitrag zahlen müssen, gibt es andere Massnahmen, die man machen kann. Es sind Einsparpotenziale vorhanden. Man muss sich für die nächsten 2 Jahre einschränken. Eventuell müssen Investitionen nach hinten geschoben werden. Wie im Prozess der Gemeinden.

Wir schlagen vor, gemeinsam ein Schreiben an die Landräte aufzusetzen. Unsere Voten müssen Gehör finden. Wir müssen unsere Kraft bündeln und gemeinsam auf die gleichen Argumente setzen.

Es ist die eigene Vereinbarung, die jetzt greift. Es gibt die Möglichkeit, die Situation zu akzeptieren.

Das Budget soll zurückgestellt werden. Jede Direktion muss ihre Hausaufgaben machen. Wenn tatsächlich alle Optionen geprüft wurden und keine Möglichkeiten mehr bestehen, dann stehen wir zur Vereinbarung. Das Aufbrauchen des Überschusses würde zu einer Verbesserung der Situation führen.

Es soll zu einem kreativen Umgang mit dem Budget angestossen werden. Optionen prüfen und nutzen.



Warum basiert dieser Mechanismus auf einem Budget? (Planung). Niemand kann genau sagen, wie sich die Rechnung effektiv entwickeln wird.

Die Mehrausgaben der Gemeinden sollten auch mal erfasst werden.

Die Versammlung wünscht, dass darüber abgestimmt wird, ob man einen gemeinsamen Brief an die Regierung und den Landrat mit gleichzeitiger Kopie an die Medien schicken will. Die Gemeinde Altdorf ist zum Zeitpunkt der Abstimmung aufgrund eines Folgetermins nicht mehr anwesend.

Alle anwesenden Gemeinden sind einstimmig dafür, dass der Urner Gemeindeverband im Namen aller Gemeinden ein Schreiben an die Regierung und den Landrat mit gleichzeitiger Kopie an die Medien verfasst. Die Landräte sollen dazu aufgefordert werden, das vorliegende Budget zurückzuweisen. Die Gemeinden sind der Ansicht, dass das Budget nochmals überarbeitet werden muss. Sie sind überzeugt, dass eine erneute kritische Auseinandersetzung mit den zu erwartenden Ein- und insbesondere Ausgaben genügend Potenzial birgt, um ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

10. Verschiedenes

Unter dem Traktandum Verschiedenes meldet sich Christoph Niederberger, der Direktor Schweizer Gemeindeverbands zu Wort, dankt für die Zusammenarbeit und stellt kurz die laufenden Projekte des Verbands vor.

Mit der Digitalisierung der amtlichen Publikation erfährt die Gemeindeebene einen nächsten fundamentalen Entwicklungsschritt. Der Bund (Seco), einige Kantone (AR, BE, BS, TI und ZH) und die Gemeinden (SGV) bilden eine nachhaltige Trägerschaft für das **Digitale Amtsblatt der Schweiz** unter dem Namen **ePublikation.ch**. In einer Kooperation mit SwissLeaders wurde eine **Zertifizierung für Führungskompetenzen** von Gemeinderatsmitgliedern erarbeitet. Der Grundkurs **Digital-Pionier** ist eine berufsbegleitende Weiterbildung für Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden. In fünf halbtägigen Modulen werden Grundkenntnisse über die Digitalisierung, Tipps und Tricks zur erfolgreichen Auslösung und Führung von Projekten vermittelt und bietet Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zum Coaching eigener Vorhaben.

Der Präsident schliesst die Tagung und dankt allen für ihre Anwesenheit und ihr Engagement. Ein besonderer Dank geht an die beiden Referentinnen Begije Berisha und Aline Arnold, an die Vorstandskolleginnen und -kollegen, an die Regionalmanagerin Christine Widmer und an die Geschäftsstellenleiterin Sara Fedier, Ebenfalls ein grosses Dankeschön geht an Peter Tresch und an die Gemeinde Göschenen für das Gastrecht und den Apéro, der von der Gemeinde Göschenen im Anschluss an die Tagung offeriert wird.

Schluss der Tagung: 16.30 Uhr.

Altdorf, 3. November 2023

Sara Fedier-Göldi
Geschäftsstellenleiterin Urner Gemeindeverband